

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei nach dem Ausland. Einzelhefte 2 Pf. durch die Post bezogen 2 Pf. ohne Zustellungsgebühr. Berlin und Druck: Produktions-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle, Lindenstraße 14. Abzugspreis: 13 Pf. für den am 6.5. und Später; 70 Pf. im Vierteljahr. Manuskripte sind zu richten nach Halle, Lindenstraße 14. Tel. (Hb.) 21045, (Hb.) 21047, (Hb.) 21048, (Hb.) 2221. Telegramm: „Klassenkampf“ Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Verlagskonto: Reichsbank Halle, Postfach 1068, 47 Pf. Reichsbank.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Dienstag, 17. Januar 1928

8. Jahrgang • Nr. 14

## Kampf bis zur Erfüllung der Forderungen!

Günstige Streiklage — Die Bourgeoisie jammert nach „Wirtschaftsfrieden“ — Die Bürokratie verhandelt — Haltet fest an Euren Forderungen — 15 Pfennig und nicht weniger

### Verhandlungen!

(Sig. Meld.) Berlin, 16. Januar.

Der Reichsarbeitsminister hat die am Donnerstag in der mitteldeutschen Metallindustrie beteiligten Parteien für Dienstag vormittag 11 Uhr zu Verhandlungen in das Reichsarbeitsministerium geladen.

Die Streiklage ist einfach glänzend. Auch in Magdeburg wird jetzt gestreikt, und zwar handelt es sich hier allein schon um 20 000 Arbeiter. Die Krupp-Gruson-Werke, die Firmen Dito Gruson & Co., R. Wolf, Rudau, Maschinenfabrik Rudau, Schiffer & Budenberg ufm. liegen vollkommen still. Auch in Aachen haben die Metallarbeiter die Betriebe verlassen, obwohl in Dessau selbst, getreu den Anweisungen der Verbandsbureaus, und nicht, wie gestern WTB schon meldete, der größere Teil der Metallarbeiter noch arbeitet. Aber auch hier sind Entschlüsseungen für den Kampf angenommen worden. In Sachsen liegen sämtliche Metallbetriebe still. Es kann also damit gerechnet werden, daß mindestens schon 40 000 bis 50 000 Metallarbeiter im Streik liegen.

Da aber auch in den Metallbetrieben der an den hiesigen Bezirk grenzenden Leipziger und Bitterfelder Tarifgebiete sich eine wachsende Kampfstimmung bemerkbar macht, schreiben die bürgerlichen Zeitungen von einer

### „Gefahr eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks“.

Wenn unsere Feinde von einer Gefahr reden, dann meinen sie damit das für uns Notwendige und Vorteilhafteste. Also:

Was der „Gefahr“ eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks muß die Aufgabe des allgemeinen deutschen Metallarbeiterstreiks werden!

Wir erwähnten gestern schon, daß im Auenberg-Bezirk (Messefeld) 60 000 bis 65 000 Metallarbeiter sich zur Stunde in der beschriebenen Lohnbewegung befinden wie in Mitteldeutschland. Voraus mit diesen, die Streikfront verbreitert und vertieft! Je schneller der mitteldeutsche Metallarbeiterstreik einseitig auf andere Bezirke übergrift, auf der anderen Seite sich aber auch auf verwandte Industriezweige mit logen, besonderen Tarifen ausdehnt, um so früher wird der Kampf und um so größer wird der Sieg sein. Auch die Metallarbeiter in unserem Bezirk, die sonderbarerweise Umwandlung haben (Auto-Röhren, Räder-Dienste, Keune, Kommunalbetriebe usw.) müssen auf dem schnellsten Wege in die Kampffront einbezogen werden.

Schon zittert die gesamte Bourgeoisie vor den Folgen des Streiks, die Leipziger Nachrichten schreiben:

„Es darf nichts unerwartet bleiben, um die mitteldeutsche Wirtschaft, die sich noch kaum vom Braunkohlenarbeiterstreik erholt hat, vor neuen, schwereren Erschütterungen zu bewahren.“

Diesem Wunsch der Bourgeoisie ist auch auf dem schnellsten Wege der Reichsarbeitsminister nachgekommen. Für heute vormittag 11 Uhr sind

### Verhandlungen zwischen den Parteien in Berlin

angekündigt. Was wird dabei herauskommen? Vielleicht ein ähnliches Spiel wie bei dem Bergarbeiterstreik. Statt der bisher bei uns üblichen 3 Pfennig, spricht man vielleicht den Metallarbeitern einige Pfennige mehr zu und erfüllt dann diesen schändlichen Tarif für verbindlich. Grundidee wird man verhandeln, doch schließlich wird die Bürokratie mit einem solchen Spruch zurücktreten und erklären: „Es tut uns sehr leid, daß es nicht 15 Pfennige sind, aber mehr war nicht zu machen. Geht also in die Betriebe.“ Genau wie bei den anderen Kämpfen wird man die Pfennigfrage in den Vordergrund stellen und die Tatsachen unterdrücken, daß an der langen Tarifzeit, die bekanntlich bis Ende September laufen soll, nichts geändert wird und daß der Kampffruktation aus dieses Ergebnis keinesfalls entspringt. Schnell wird man Funktionen der Arbeiterorganisationen zusammenfassen und auf ihnen entsprechende Beschlüsse fassen lassen. Wenn man auch vor der Annahme des Kampfes eine Abstimmung vorgenommen hat, dann wird man dies jetzt zu unterlassen versuchen und die Meinung der Metallarbeiterheit einfach nicht anrufen. Wenn wir diesen Verlauf der Verhandlungen voraussehen, dann nur zu dem Zweck, um schon jetzt die Metallarbeiter auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Sicherlich wird die Bürokratie die Metall-

arbeiterheit mit dem Berliner Verhandlungsergebnis überumpeln, und zwar so schnell, daß die oppositionelle, die kommunistische Presse nicht erst gründlich Stellung dazu nehmen kann und daß die Metallarbeiter auch nicht Zeit haben, gründlich über Annahme oder Ablehnung zu diskutieren. Verstärkt werden wir noch in dieser Annahme dadurch, daß die reformistische Bürokratie nicht nur die kommunistische Presse nicht informiert, sondern sogar versucht, uns falsch zu informieren.

### Was ist zu tun?

In energischer Kleinarbeit ist dem letzten Metallarbeiter noch einmal einzujammern, daß unbedingt an den Mindestforderungen festgehalten werden muß. Schärfere Druck auf die Bürokratie, radikalste Entschlüsseungen der Abwürgungspläne und Kennzeichnung derselben als Handlungen, die sich gegen die Bourgeoisie ausrichten. Fortführung des Streiks auch gegen die Verbindlichkeitsklärung! Verstärkung des oppositionellen Einflusses besonders auf die Streikteilnehmer! Propaganda für die Erweiterung des Kampfes auf ähnliche und verwandte Tarifgebiete usw. Metallarbeiter, seid auf dem Posten! Nur wenn Ihr in geschlossener Front auch gegen jeden solchen Abwürgungsversuch aufmarschirt, wird der Kampf mit einem vollen Siege enden.

### An die mitteldeutsche Arbeiterheit!

Hebt aktive Solidarität mit den kämpfenden Metallarbeitern, ihren Frauen und Kindern

Die Metallarbeiter Mitteldeutschlands haben den Schandpruch, der als ein Höhepunkt der berechtigten Forderungen der Metallarbeiter angesehen werden muß, erümt abgelehnt und sind zur Ausschließung ihres Forderungen am Montag, dem 16. Januar, geschlossen in den Streik getreten.

Der Bund der Freunde der M.S. begrüßt diesen Beschluß und fordert die gesamte werktätige Bevölkerung auf, den kämpfenden Metallarbeitern aktive Solidarität entgegenzubringen.

### Duldet keinen Streikbruch!

Der Ausgang dieses Kampfes ist auch für die Arbeiter der anderen Industrie von großer Bedeutung. Ein erfolgreicher Ausgang des Streiks wird den Kampfswillen bei allen Kollegen steigern, um dann gemeinsam gegen die brutalen Ausbeutungsmaßnahmen der Unternehmer zu kämpfen.

Der Landesauschuss des Bundes der Freunde der M.S. fordert seine Mitglieder und Freunde an, sofort alle Vorbereitungen für eine umfassende Unterstützungsaktion — Verteilung von Lebensmitteln, Befreiung von Kindern der streikenden Arbeiter usw. — zu treffen.

Der Landesvorstand ist überzeugt, daß die Arbeiterheit in den Betrieben, wie schon so oft, auch diese Hilfsaktion der M.S. tatkräftig unterstützen wird.

Es lebe die internationale proletarische Solidarität der Ausbeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt!

Bund der Freunde der M.S. Halle-Merseburg, J. U. Höder.

### Hilfsaktion durch den Allgemeinen Konsumverein Halle

Die Verwaltung des Allgemeinen Konsumvereins Halle hat beschlossen, ebenso wie beim Bergarbeiterstreik auch seinen am Metallarbeiterstreik beteiligten Mitgliedern von der zweiten Woche an während der Dauer des Lohnkampfes eine Unterstützung in Lebensmitteln zu gewähren. Zu diesem Zwecke werden die am Streik Beteiligten ersucht, sich in derjenigen Verteilungsstelle des Konsumvereins, in der sie ihre Bedürfnisse decken, unter Vorlegung des Mitgliedsbuches und Streikausweises vom dem Lagerhalter in die Liste einzutragen zu lassen.

Dieser Beschluß ist ein weiterer Beweis der sozialen Bedeutung und der proletarischen Zusammenhänge dieser Organisation und dürfte jeden noch zögerlichen Verbraucher überzeugen, die Mitgliedschaft in der Konsumvereins zu erwerben, um durch rege Warenentnahme die Leistungsfähigkeit dieser Arbeiterinstitution noch mehr zu steigern.

### Um die Streikstrategie

— Halle, 17. Januar.

Die Bourgeoisie vereilt unter sich hohe Dinstenden, das Proletariat muß mit Bundeslöcher für lange Arbeitszeit zufrieden sein. In der wirtschaftlichen Front erleben wir eine angepannte Hochkonjunktur, deren Produktionsfiguren wohl die von 1913 übersteigen, aber im Lager der Arbeiterheit ist trotzdem eine Ernüchterung zu verspüren, wie wir sie vor dem Kriege nur in Zeiten der Krise gefannt haben. Die Bourgeoisie akkumuliert, häuft in großen Mengen neues Kapitalien an, erweitert ihren Produktionsapparat, schafft neue Anlagen usw., während die Arbeiterheit kaum die notwendigsten Dinge zum Lebensunterhalt anstreifen kann. Diese Teilsumme der Widersprüche der relativen Stabilität erzeugen aber in der Arbeiterheit den Willen zur Lohnsteigerung, zur Anteilnahme der Arbeiterheit an den lohnenden Erzeugnissen der Stabilisierung. Wir haben lang genug verstanden und haben lang genug durch unsere Reden und durch den Kapitalismus den Wiederaufbau ermöglicht. Das muß ein Ende haben, ist der einfache und begriffliche Gedankengang des Durchschnittsarbeiters über die Lösung dieser Widersprüche der Stabilisierung. Zufällig ist die ideale Antwort nicht zuletzt eine — immerhin wohlfeile — Frucht der idealen Saat, die die SPD. und die Gewerkschaftsbürokratie in den ersten Monaten und Jahren der relativen Stabilität verbreiteten. Sie erzählten ja 1924 und 1925 den Arbeitern: „Beruhigt nur eine Zeitlang auf den Achtstundentag, auf einen anständigen Lohn und helft damit die Wirtschaft wieder aufbauen.“ Mit diese dann angekommen, werden sich schon automatisch die Früchte dieses Wiederaufbaus in den Schöpf fallen, und wenn nicht, dann werden wir — natürlich mit den gewöhnlichen Mitteln — logar darum kämpfen.“

Wir Kommunisten waren etwas gründlicher in der Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse und logen: In diesem Zeitalter des Imperialismus ist es dem deutschen Kapitalismus nur möglich, sich „abzuheben zu lassen“, wenn er die deutsche Arbeiterheit zum Recht auf eine einigermaßen anständige Existenz zwingt. Da die SPD. obige Gedanken nicht nur verbreitete, sondern mit der ganzen Macht ihres Gewerkschafts- und Parteiapparates den Wirtschaftskrieg und die Steigerung des Ausbeutungsgrades der Arbeiterheit durchzuführen hofft, wenn wir hier von anderen Momenten der Stabilisierung absehen, die jedenfalls nicht die Voraussetzungen dazu geben.

Doch jetzt ist es genug! Jetzt wollen wir unser Achtstundentag wieder, jetzt wollen wir menschenwürdige Löhne! So geben seit Monaten schon die Rufe durch das gesamte deutsche Proletariat. Dieser neue geborene Kampfwillen führt aber auf einen Feind, der seine innere Organisation und auch seine Kampfstrategie und -taktik wesentlich ändert hat. Und das wird noch viel zu wenig beachtet.

In dieser Periode der relativen Stabilität hat der Kapitalismus eine neue und höhere Stufe erreicht. Zum Beispiel wurde aus den einzelnen chemischen Unternehmungen der riesigen Farbzentri gebildet, der sich inzwischen schon wieder großer Teile der Braunkohle untertan gemacht hat. Die bis zu einer gewissen Vollkommenheit verteilte Bourgeoisie hat sich nun auch, und das ist hier das Wesentlichste, eine neue Strategie zur Wiederherstellung der Massen ausgearbeitet, deswegen ausgearbeitet, weil sie diese Strategie zur Verhinderung der Explosion der oben geschilderten Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit braucht.

Da müssen wir zunächst bei allen Wirtschaftskämpfen eine gegen früher verschärfte Solidarität des unternehmerten Kapitalismus feststellen. Besonders die Rückbildungsaktion der Schwerindustrie in Rheinland und Westfalen zeigte uns die innere Verbundenheit der Trustbourgeoisie, die nach gelangten Zieln sich bei ihren Aktionen logar über die nationalen Grenzen hinaus ausdehnen will und wird. Dann müssen wir eine viel schärfere Ausnutzung des Staatsapparates durch die Trustbourgeoisie feststellen. Auch das ist eine internationale Erscheinung. In England haben wir das Antigerichtswesen, in Italien hat der Faschismus die Gewerkschaften geradezu zu Einrichtungen des Staates gemacht, in Deutschland ist der Schlichtungsweg des angeblich über den Parteien stehenden Staates das Mittel der Wirtschaftsbefriedung, das durch eine radikalste und brutale Straftat unterdrückt wird. In England kommen jetzt logar ganz offen die Gewerkschaftsführer mit den Trustherren zusammen und verhandeln über die „Berichtigung“ der Wirtschaft. Daraus ergibt sich schon, daß schließlich die nicht neue, sondern nur noch ausgebauten Form der kapitalistischen Methoden zur Wiederherstellung des Proletariats die verhängnisvolle Rolle der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ist.

Die Sozialdemokratie versteht es aber ausgezeichnet, ihre Heisterolle für die Trustbourgeoisie in einen radikalen Wandel zu



Meinen. Die ungelänglich überfällige Theorie kann hat Siffer-  
ring geleistet, der auf dem Rieker Fortschritt unter anderem lagte:  
„Organisierter Kapitalismus bedeutet also in  
Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitali-  
stischen Prinzips der freien Konkurrenz durch  
das sozialistische Prinzip planmäßiger Pro-  
duktion.“

Damit stellt Sifferding nicht nur das auf den Kopf, was Karl  
Marx in seiner Lebensarbeit über den Charakter der kapitali-  
stischen Konkurrenz gesagt hat, sondern er bezeugt die groß-  
artigen Leistungen der Sozialdemokratie, die den Arbeiter-  
kampf, diesen doch sicherlich auch nach Sifferdingen Begriffen am  
weitesten „organisierten Kapitalismus“. Die Sozial-Direktion ver-  
fälscht das Deutschland in 10 Jahren keine Tonne Öl mehr aus  
dem Ausland einführen wird, weil sie in dieser Zeit die künstliche  
Belastung in zwei entzweit haben mit, daß sie den gesamten  
deutschen Bedarf damit decken können. Aber heißt diese Ent-  
wicklung des F. G. Arbeiterkampfes nicht eine neue Form der  
Konkurrenz auf erhöhter Stufenleiter, zwischen  
den Besitzern der Rüststoffe und den Besitzern der natür-  
lichen Ressourcen? Das gerade auf dem Gebiete des  
Öls, trotz der hier am weitesten fortgeschrittenen Konkurrenz,  
also Organisation des Kapitalismus, die Konkurrenz ungeheuer  
scharf ist, beweist der Kampf zwischen der Royal Dutch  
(Deberling) und der amerikanischen Shell (Kocherle) um den  
Besitz des wertvollen sowjetischen Öls. Nach wie vor be-  
hält Marx recht, der schon im ersten Band des Kapitals diese  
Behauptung aufstellt hat, indem er sagte:

„Im Maß, wie sich die kapitalistische Produktion und  
Akumulation entfalten, im selben Maß entwickeln  
sich Konkurrenz und Kredit.“

Die unmarxistische Einstellung der Sozialdemokratie zur Ver-  
teilung entsteht nur durch ihre falsche Fragestellung: Sie  
haben es verlernt, die gesellschaftliche Entwicklung vom Geistes-  
stand der Klassenkämpfe aus zu betrachten! Trotzdem  
genau gerade die Widersprüche der Stabilisierung, die Millionen-  
gewinne auf der einen und der Hunger auf der anderen Seite den  
Klassenkampf der Weltbevölkerung. Die neoklassische  
Folge dieser falschen Beurteilung der Rolle der Trustbourgeoisie  
durch die Sozialdemokratie ist aber, daß die Gewerkschaftsbureau-  
kratien vor jeder Erschütterung dieses „organisierten Kapitalismus“  
hinter und mitleidig alle Parolen der Trustbourgeoisie mitleidig:  
Einheitsakt, „Erneuerung des Gewerkschafts-  
wesens“, was alles nur den Zweck hat, den Einfluß der Trustherrn  
auf den Staat noch mehr zu verfestigen, ihre Macht noch mehr aus-  
zubauen. Darum findet man auch keine gründliche Analyse über  
das Weltproblem in den sogenannten theoretischen Zeit-  
schriften des deutschen Reformismus. Und doch ist neben der  
Wiederherstellung der Arbeiterkraft das Erwerben der neuen  
Wirtschaftsmärkte für die Stabilisierung in Deutschland das wich-  
tigste. Um mit Marx zu reden: Wie der Fisch streift nach frischen  
Wasser, so streift die deutsche Trustbourgeoisie, die relative Stabi-  
lisation nach Schlagmärkten, was zur fortgesetzten Wüsten-  
und Wüstentum, die im frischen Wasser, das im frischen Wasser  
internationalen Bourgeoisie dem „Wüstenland“ um die Verteilung  
an der englischen Antikolonialpolitik führt.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich also, daß die deutsche Ar-  
beiterkraft zwei Feinde hat: die Bourgeoisie und die  
Reformisten, von denen die letzteren nur aus Angst und  
Vertrauen und vom Wollen der gewinnbringenden wirtschaftlichen  
Kämpfe aufgeben, aber nicht die Arbeiterkraft, die ihre Wüsten-  
durch den Arbeitsminister des Bürgerrechts und der Trustbour-  
geoisie herbeiführen.

Nur all diese Kräfte, die man kaum in einem Zeitalter gründ-  
lich behandeln kann, bedarf, dann ergeben sich für die gewerkschaft-  
liche Opposition folgende Hauptlinien für eine revolutionäre  
Kampfform und Streikstrategie:

1. Die Organisierung der Arbeiterkraft in Form der Einheitsaktion von Arbeiter- und Gewerkschaften, aber Kampf um die Verwirklichung des Einflusses der reformi-  
stischen Führer auf die sozialdemokratischen Arbeiter, Organisierung  
der Unorganisierten.
2. Die Entscheidung bei allen Kämpfen darf der Bureau-  
kratie nicht überlassen bleiben. Durch den Willen der Arbeiter  
ist ihr Handeln zu beeinflussen und immer wieder von den Ent-  
scheidungen der Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft abhängig zu  
machen.
3. Die Organisierung freigebergesellschaftlicher  
Streikkomitees und schließlich auch von Streikvereinigungen  
muß ein Ziel dieser Organisationskämpfe der Arbeiterkraft sein, wobei es  
auch gilt, den gedanklichen Kollateralschaden der Gewerkschaftsorganisa-  
tion, den die Bureaukratie gegen zur Entscheidung heranzieht, zu  
beseitigen.
4. Rückwärtsloste aber sachliche und grundsätzliche Ent-  
scheidung der reformistischen Niederlagenstrategie als  
eine Folge ihrer absolut unmarxistischen und kleinbürgerlichen  
Verfälschung ihrer falschen Staatsauffassung und der daraus folgenden  
willigen Kapitulation vor den Sozialdemokraten.
5. Erweiterung der Kampfstrategie, die uns besonders  
an der Reorganisation dieser Kampfstrategie, die uns besonders  
angeführt wird. Aus diesen Kämpfen in Betrieben müssen Kämpfe  
in Arbeitergruppen, in gesamten (nationalen wie internationalen)  
Trusts entwickelt werden.
6. Jeder Streik ist als ein Offensiv-Erschütterungs- und  
eine Gruppe der Arbeiterkräfte in der relation kapitalistischen  
Stabilität zu enthalten und darauf zu bestehen, daß diese Kämpfe  
endgültig nur als politische Mittel zur Durchsetzung der Arbeiterkraft  
und entscheidend werden können, daß das Proletariat nicht nur  
wenige Pfennige Lohn eringt, sondern die kapitalistische  
Ausbeutung aufhebt, den kapitalistischen Staat be-  
seitigt und an seine Stelle die Herrschaft der Arbeiter  
und Bauern legt.

### Auch eine Strategie

Die SPD-Breite gegen und für den Metallarbeiterkampf  
Zu dem Gegenwärtigen, mit aller Macht geführten Metall-  
arbeiterkampf, müssen selbstverständlicherweise alle Eigenschaften,  
die als solche gelten wollen, irgendeine Stellung nehmen. Das tut  
dann auch das hier die „Volksblatt“ und der Zeiter „Volksbote“.  
Frage ist nur — wie.

Im der ganzen Aufmachung der Streitkräfte in der SPD-  
Breite — einer gewiss nicht allfälligen Erscheinung — finden wir  
die volle Bekämpfung unserer gefestigten Positionen, daß es die reformi-  
stische Gewerkschaften sind, die und folglich auch die SPD-Bureaukratie, nur ungern hören, daß  
der Streik überhaupt ausgebrochen ist. So werden z. B. im „Volks-  
blatt“ ganze 45 Zeilen auf der ersten und — neben einer kurzen  
SPD-Rede (1) — ganze 70 witzigste Zeilen auf der  
zweiten (1) Seite über die Streikbewegung gedruckt, einer Be-  
wegung, bei der 50 000 Metallarbeiter im offenen Kampfe stehen.

Es ist also interessant, was dieses „Arbeiterorgan“ zu berichten  
weiß. Die eigenen „Eingangsnotizen“ dieser SPD-Rede zum  
Kampfe in der Metallindustrie — zu dem die „Volksblatt“ mit-  
teilt, daß „alle Arbeit in Bewegung gesetzt werden müssen, um den  
Wirtschaftsrisiken möglichst schnell wieder herzustellen“ — behält  
offenheitlich in einer einfachen Mitteilung über die Streit-  
kräfte.

Obwohl alle Arbeiter wissen, daß auch eine solche Mitteilung mit  
einer gewissen „Eingangsnotizen“ verbunden ist, die das geschäft-  
liche Eigeninteresse, zu zeigen, wie das geschäft-

# Coops Anflagen gegen den Generalrat

(Eig. Drahtm.) London, 17. Januar.

In einem offenen Brief an den „Daily Herald“ erhebt Coop  
scharfen Protest gegen den offiziellen Bericht über den Verlauf der  
Verhandlungen der Arbeitgeber-Konferenz, der eine bewußt verzerrte  
Darstellung der Verhandlungen gibt. Nebenläufig  
erklärt er, daß die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und  
den Arbeitnehmern in einer Zeit des relativen Friedens stattfanden.  
Diese Verhandlungen waren in einer Zeit des schamlosen  
Angriffes der Unternehmer in der Textilindustrie und  
des Anwachsens der Unternehmenseinnahmen in vielen anderen  
industriellen Zweigen eine Beschönigung der Arbeiterbar, die der Ge-  
neralrat verweigert einseitig.

Wallersteins habe erklärt, daß die Unternehmer die Verhandlungen  
mit dem Generalrat nur dann als fruchtbringend betrachten können,  
wenn dieser ihnen befriedigende Zusicherungen hinsichtlich der  
Verhinderung künftiger Streiks gäbe. Gemäß dieser  
Anrede Wallersteins hätten die Unternehmer in der Konferenz  
den Generalrat aufgefordert, ein Manifest an die Arbeiterkraft  
zu richten, worin sie sich gegen jeden Streik und für die  
Lösung aller Konflikte durch eine Zwangs-Schieds-  
gerichtsbarkeit erklären sollten.

Generel wendet sich Coop gegen eine Erklärung des Sekretärs  
des Generalrats, Jitine, der Coops Mitteilungen über die  
scharfen Angriffe, die auf der Konferenz mit den Unternehmern von  
seiner der rechten Führer des Generalrats gegen ihn gerichtet  
worden waren, demütigt. Coop verlangt die Veröffentlichung  
des Protokolls der Verhandlungen, damit die Arbeit-  
kraft sich selbst ein Urteil bilden könne über das Schamlose  
Spiel, das mit ihr getrieben wird.

Und so lesen wir im „Volksblatt“ folgende für sich selbst sprechende  
Zeilen:

„Anger den Metallindustriellen ist auch nach dem Schlichter  
Köpi die Schuld am Ausbruch des Kampfes zuzuschreiben. Bei  
einemgemäßen Würdigung der Wirtschaftsverhältnisse und des  
Behaltens der Arbeiterkraft hätte er zu anderen Entscheidungen  
nötigen müssen. Aber die Arbeiterkraft, besonders die Metall-  
arbeiter, müßten, daß Herr Köpi, entgegen der Wünsche nicht ge-  
wachsen ist und eine Unparteilichkeit nicht aufzubringen vermag,  
die notwendig ist, um ihm einigemmaßen Vertrauen entgegen-  
bringen zu können.“

Für die SPD-Breite ist also die Behandlung der Schuldfrage  
am Ausbruch des Kampfes das Wichtigste. Zum anderen spielt  
auch die letzte Sache zu recht das wahre Gesicht der wirtschaftlichen  
SPD-Führung wider. Es oberschupf jemals von einem  
Vertrauen der Arbeiterkraft zu irgendeinem Schlichter, oder von  
einer Unparteilichkeit dieser Unternehmermedie gesprochen  
werden kann.

Der „Volksbot“ ist nun gar noch so falsch, dieselben Worte als  
Kommentar zu bringen. Charakteristisch und überzeugend zugleich  
im übrigen hat die „Volksblatt“-Redaktion nach „oben“, d. h. zu  
den Wirtschaftsreferenten des kapitalistischen Staates, Scheinbar  
sich auf Beziehungen. Sie bringt nämlich auf der rechten Seite  
die Mitteilung, daß der Reichsarbeitsminister die Parteien zu  
Dienstvorschriften zu einer Sitzung nach Berlin geladen hat  
Dienstag, den 16. Januar 1923, erst gegen 10 Uhr — also  
nach der Durchlebung der Zeitung — an die Presse gelangt. Den  
Schlußsatz in dieser Notiz:

„Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitnehmervertreter auf  
Grund der überaus günstigen Streiklage auf die Durchführung der  
Forderungen der metallindustriellen Metallarbeiter besessen  
werden.“

Werden sich die Arbeiter recht zu empfinden müssen, denn es wird  
unter Umständen nicht lange dauern, wo sie die reformistischen  
Gewerkschaftsführer mit ihren eigenen Worten schlagen müssen.

Zu dem mitteldeutschen Metallarbeiterstreik schreibt der „Vor-  
wärts“:

„Der Schiedspruch selbst ist eines der tollsten Stücke, die sich  
Schlichter geleistet haben. Abgesehen von der minimalen Zulage  
von 10 Pfennig, die der langen Geltungsdauer bis zum 30. September  
1923 ist interessant, daß der Schlichter Dr. Wälgens den Kampf  
nicht sehr gegen den Willen der Metallarbeiter an sich gezogen hat,  
sich dann aber als „neutraler“ Richter und die Entscheidung der  
Sache seinem Vertreter übertrug.“

Damit beginnt ein Kampf, an welchem etwa 50 000 Arbeiter,  
Arbeitnehmer und Bevölkerung interessiert sind. Bei der Haltung  
des Verbandes Mitteldeutscher Metallindustrieller ist mit einem  
langen und ähnen Kampfe zu rechnen. Die Metallarbeiter verfügen  
über ein in der Tat sehr großes, daß sie zu kämpfen verstehen.“

Der „Vorwärts“ findet also hier scharfe Enttäuschungen und  
nimmt einen längeren und erstickt geführten Kampf als Selbst-  
verständlichkeit an. Es bleibt abzuwarten, wie das reformistische  
Ministerium reagiert und die „Kartelle“ nach dem Kampfe  
wieder das Gesicht zu brechen versuchen. Dann wird man auch im  
„Vorwärts“ wieder das Gegenteil der heutigen Schreibweise finden.

### Vorstandsitzung des IGB.

(Eig. Meld.) Berlin, 16. Januar.

Heute vormittag trat im Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen  
Gewerkschafts-Bundes der Vorstand des „Internationalen Gewerkschafts-  
Bundes“ zu seiner ersten Sitzung in Berlin zusammen. An-  
wesend waren z. B. von Frankreich, Metzger von Bel-  
gien, Wablen von Dänemark, Zanger von der Tschecho-  
slowakei, Leipard von Deutschland und als Sekretär des Amtes  
des Bundes Bureau Sassenbach.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: Die Verhandlungen sind natür-  
lich nicht öffentlich und dürften hauptsächlich der Vorbereitung  
der morgen normierten Ausschusssitzung dienen, an  
der auch die internationalen Berufsvertreter teilnehmen werden.“

Damit beginnt also hinter den Kulissen die Schieberer zur Be-  
wegung des Internationalen Sekretariats und zur Bestimmung  
des neuen Sitzes des Sekretariats. Wichtigkeit werden in den ver-

### Rohlenkaubergplöhen in Leuna-Werke

(Eig. Meld.) Merseburg, 16. Januar.

Am Sonnabendmorgen ereignete sich in Leuna-Werke eine  
heftige Explosion. Aus dem Generatorengebäude schlug eine circa  
50 bis 60 Meter hohe Staubwolke hervor, bei der zwei Arbeiter ver-  
letzt wurden. Der Schaden an dem Generatorengebäude war gering,  
das den Unfall zum Glück nicht zu einem größeren Schaden durch  
die Arbeiter gab. Nur durch diesen Umstand ist ein noch größeres  
Unglück verhindert worden.

Von der Direktion wurde über diese Explosion keine offizielle Mit-  
teilung bekanntgegeben, nicht einmal der Arbeiterbar, daß davon er-  
fahren. Der Verheimlichung lagte der Arbeiterbar, daß  
die Arbeiter leitens der Arbeit in ein Entzweit zu liegen. Aber  
die Arbeiter gingen aus die Lage an den Tag.

Im Namen des Generalrats beantwortete Jitine die Anflage  
Coops mit einem Drohbrief, der zugleich mit Coops Schreiben im  
„Daily Herald“ veröffentlicht wird. Coops Angriffe beruhen auf  
einer dümmlichen Überlieferung. Die französischen Verhandlungen der  
Arbeitgeber seien zwar gescheitert, aber sie hätten nur die Bedeutung  
— privater Meinungen einzelner Unternehmer. Coops An-  
flagen seien bezweckelt, daß der Generalrat-beschlossen habe, sich in seiner  
nächsten Sitzung am 24. Januar speziell damit zu befassen und  
Coop zur Verantwortung heranzuziehen.

Wer denkt bei diesem Bericht nicht an die Rolle der deutschen  
Reformisten?

### Berbürgerlichung der englischen Gewerkschaften

(Eig. Meld.) Berlin, 16. Januar.

Die deutsche Jugenberg-Agentur berichtet aus London:  
„Die Bestrebungen auf Herstellung einer engeren Zusammen-  
arbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern als Basis für eine  
größtenteils Förderung der englischen Industrie finden sich in parla-  
mentarischen Kreisen der Arbeiterpartei normale Unterfertigung.  
Nachdem und keine nähere Umgehung fördern die Ent-  
wicklung, obwohl die parlamentarische Arbeiterpartei-fraktion sich  
aus Zweckmäßigkeitsgründen (1) bei den Verhand-  
lungen zurückhält. Diese Einstellung wird in manchen Kreisen als  
Beweis für die Wandlung der sozialistischen Bewegung in Eng-  
land angesehen.“

„Sunday Times“ erklärt, daß die englische Arbeiterpartei noch  
einen weiten Weg zurücklegen habe, bis sie zu dem von den  
amerikanischen Gewerkschaften bereits erreichten Stand gelangt.“  
Wie der „Vorwärts“ meldet, hat der Generalrat den Plan, sich  
auf einer der nächsten Sitzungen mit den Reichsherrn Coops zu  
befassen und ihm einen „offiziellen Tadel“ zu erteilen, da Coop  
auf der sogenannten „Friedenskonferenz“ im Beisein der Unter-  
nehmer „den Generalrat und seine Politik heruntergerissen habe“.

französischen Besprechungen jene Maßnahmen beraten, die auf einen  
entschiedenen Kampf gegen die wachsenden Einkürzungen in den  
internationalen Gewerkschafts-Organisationen und auf die radikalste  
Bekämpfung jeglicher Verbindungen mit den Soviet-Gewerks-  
chaften hinführen.

### Reipart zur Tagung des IGB.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. Januar.

Der „Vorwärts“ begrüßt in großen Artikeln von Theodor  
Reipart und anderen reformistischen IGB-Führern die heutige  
Eröffnung der Konferenz des Internationalen Gewerkschafts-  
bundes in Berlin. Die Kritik, insbesondere der von Reipart gegen  
die Haltung der arbeitgemeinschaftlichen Linie des IGB, mit dem  
Unternehmen. Der „Vorwärts“ berichtet, daß die getriggerte  
Vorstandsitzung sich mit den vorliegenden Arbeiten für den heute  
tagenden IGB-Ausschuß beschäftigen, nämlich mit der Frage der  
Beizugewinnung des IGB, der Vorbereitung für die nächste Inter-  
nationale Arbeitkonferenz, der Bekämpfung von Krieg und Kriegs-  
gefahr (1). Am Donnerstagmorgen wird der Bürgerhof-  
minister Brauns in einer Audienz empfangen.

### „Länder-Konferenz“

(Eig. Meld.) Berlin, 16. Januar.

Seit heute um 10 Uhr in der Reichshausel die mit großem Tam-  
tam angekündigte „Länder-Konferenz“ der Bürgerbotengruppe und  
ihrer Verbände einberufen. Diese Konferenz wurde von der deutschen  
Großbourgeoisie gefordert, die auch durch ihr Sparprogramm dieser  
Konferenz bestimmte Grenzen absteckt hat. An der Konferenz  
nehmen circa 100 Personen, und zwar sämtliche Ministerpräsi-  
denten, ein großer Teil Minister mit den Staatsreferenten sowie  
die Reichsregierung mit ihrem Bürgerbotengeneralsstab teil. Am  
ersten Tage standen Referat und Korreferat über das sozialistische  
Verhältnis zwischen Reich und Ländern auf der Tagesordnung.  
Referenten sind Bürgermeister Petersen-Hamburg und Staats-  
präsident Bazille-Württemberg. Korreferent sind Preussischer  
Ministerpräsident Braun und bayerischer Ministerpräsident Sedl.  
Für die anglistischen Gemüter und radikalen Vertreter des liberali-  
stischen Prinzips, die sich gegen jede bessere Einseitigkeit des Finanz-  
kapitals verhalten wollen und die Zentralisierung der deutschen  
Staatsgewalt fürchten, gab der Reichstamler Metzger in der Er-  
öffnungsrede die herbeigedachte Erklärung ab, daß „die durch Tran-  
saktion gemordete und durch Verfassung geranterte gegenwärtige staats-  
liche Struktur Deutschlands nicht zerfallen sollte“. Daraus  
ergibt sich, daß es mit der „Nationalisierung der Hindenburg-  
Republik“ nach gute Wege hat. Ammerich dürfte diese Konferenz  
für die einzelnen Länder einige Entscheidungen bringen, die durch-  
aus dem Programm der Spigenverbände und damit den Inter-  
essen der deutschen Trustbourgeoisie dienlich sind.

### Der Streit um den Ministererfel

Die Entscheidung darüber, ob bei dem Rücktritt Gethers ein neuer  
Reichswahlminister bestimmt oder einer der Bürgerbotendirektoren  
mit der gleichzeitigen Ausübung der Befugnisse des Reichswahl-  
ministers beauftragt wird, ist bis zu Ende der Woche aufgeschoben  
worden.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt:  
„Es ist nun bereits bekannt worden, daß bei einer Neu-  
bestellung die Deutsche Volkspartei einen Anspruch auf das Reichs-  
ministeramt behält. Dieser Anspruch wird auch nicht dadurch  
aus der Welt geschafft, daß die „Germania“ ihn absteuert.“

Das Zentrumsmagazin „Germania“ schreibt:  
„Nicht bestritten werden kann, daß die Frage der Leitung des  
Reichswahlministeriums im Falle eines Rücktrittes Gethers, der  
ja auch damals schon diskutiert wurde, bei der Regierungsbildung  
für dieses Reichsamt empfänglich ist. Es ist uns aber nicht bekannt, daß  
sowohl wenigstens das Zentrum in Frage kommt, eine Ab-  
machung getroffen werden ist. Wir glauben vielmehr, nicht  
zu irren, wenn wir der Meinung sind, damals ist bei der Deutschen  
Volkspartei gelangt worden, ein solches Bestehen könne nicht  
als berechtigt angesehen werden.“

Daraufhin droht wieder die „Tägliche Rundschau“ mitleid:  
„Wenn das Zentrum jetzt lo tut, als ob es von nichts weiß,  
so sind wohl tiefere Gründe vorhanden. Offenbar fürchtet das  
Zentrum eine Verschlebung des Stimmenverhältnisses im Reich-  
tag, die ihm in einigen Fragen, namentlich des Reichshausgesetzes,  
für seine Pläne nicht paßt.“

Dieser frecht die „Deutsche Zeitung“:

„Man muß sich bewußt machen, daß Gethers zwar parteidemokratischer  
Sinn hat, in gewissen bestimmten Fragen aber eher dem Zentrum  
nahelsteht. Kurz gesagt: Es handelt sich bei der Lösung der Reichs-  
wahlministerfrage gar nicht um die Reichswehr, sondern es han-  
delt sich um das Schicksal.“

Damit erfüllt das Schlußwort, das in dem wesentlichen  
Bekanntwerden der Parteien die Zustimmung der Deutschen  
Volkspartei bereits gefunden hat, eine stärkere Bedeutung. Der  
Sachverhalt hinter den Kulissen geht weiter.













B. Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte der Stadt Halle a. d. Saale

Halle - West

Hind- u. Schweine-Schlächtere... G. Both... Richard Becker... Friedrich Weber

Schwefelstraße 19... Jakobstr. 46... Jakobstraße 42

Max Zaubitzer, Steinweg 52... Hermann Zander... Kolonialwaren

Gut, habe... Schuhwaren... Schuh-Roland

Mag. Paul Sauer... Kind- und Schweine-Schlächtere... Margarete Sufchs

Gummwaren... Verlangt in allen Lebensmittelgeschäften... das gute Rohde-Brot

M. Werlich... Georg Fölsner... h. Schliebe

Willy Krähmer... Max Grünwald... M. Thomas

Lebensmittelgeschäft... Otto Später... Bäcker u. Konditorei

Arter Engelhardt... Otto Jese mann... Hugo Grunewald

Fahrräder, 1a Marken... Paul Lucke... Hermann Böhlert

Wäscherei M. Dähne... Erich Müller... Otto Köhler

Trinkt Schröters Kaffee... A. Schmidt... Paul Dähne

Leberhandlung... Haus Brädel... Trinkt Schröters Kaffee

Fahrräder, 1a Marken... Paul Lucke... Hermann Böhlert

Wäscherei M. Dähne... Erich Müller... Otto Köhler

Rest. Trompeterschloßchen... Hugo Heller... Wilhelm Förster

M. Helbig... Walter Zobel... Farben

Trinkt Engelhardt-Biere... Ihr sollt bei Sobel kaufen... Glas Porzellan Emaille

Willy Krähmer... Max Grünwald... M. Thomas

Walter Kirschbaum... Hermann Becker... Kind- u. Schweine-Schlächtere

Friedrich Dönitz... Farben... Zigarren, Zigaretten, Tabake

Fleischzentrale Paul Ruhn... Denkt daran! Farben Kramer

Willy Krähmer... Max Grünwald... M. Thomas

Kind- u. Schweine-Schlächtere... Otto Ritter... Otto Beckel

Friedrich Dönitz... Farben... Zigarren, Zigaretten, Tabake

Fleischzentrale Paul Ruhn... Denkt daran! Farben Kramer

Willy Krähmer... Max Grünwald... M. Thomas

Zigarren, Zigaretten, Tabake... Karl Meißner... Fahrräder, Nähmaschinen

Friedrich Dönitz... Farben... Zigarren, Zigaretten, Tabake

Fleischzentrale Paul Ruhn... Denkt daran! Farben Kramer

Willy Krähmer... Max Grünwald... M. Thomas

Kolonialwaren-Biesecker... Schuhhaus Glöckner... Apfel- und Dromos-Fahrräder

Friedrich Dönitz... Farben... Zigarren, Zigaretten, Tabake

Fleischzentrale Paul Ruhn... Denkt daran! Farben Kramer

Willy Krähmer... Max Grünwald... M. Thomas

Adler-Drogerie... Emil Starke... Kolonialwaren

Friedrich Dönitz... Farben... Zigarren, Zigaretten, Tabake

Fleischzentrale Paul Ruhn... Denkt daran! Farben Kramer

Willy Krähmer... Max Grünwald... M. Thomas

Otto Wucherer... Otto Wilke... Rudolf Strüver

Friedrich Dönitz... Farben... Zigarren, Zigaretten, Tabake

Fleischzentrale Paul Ruhn... Denkt daran! Farben Kramer

Willy Krähmer... Max Grünwald... M. Thomas



# Merseburg-Leuna-Querfurt

## Das Merseburger Proletariat ehrt die großen revolutionären Führer

Der erste diesjährige Propaganda-Musik durch Krähwinkel - Wichtige Gedächtnisfeier in der „Rautenburg“ - Wichtige Aktivität, steigender Kampfwille der Massen.

Der erste Aufmarsch des Massenbewussten Proletariats von Merseburg in diesem Jahre war am vergangenen Freitag. Mit wachsender Kraft und vielen Tausend zogen die roten Soldaten durch die Straßen von Krähwinkel. Der trotzig gelagte revolutionäre Lieber und die Klänge der Schalmeeikapelle waren Kampfsprüche an die Ausbeuter und an die Spielbürgergesellschaft. Die mitgeführten Transparente wiesen auf die W.D.-Feier hin, die am Sonnabend stattfand. Auf dem Marktplatz fand diese Rundgebung ihren Höhepunkt. Mit Gehrungen auf die Kommunistische Partei und die Weltrevolution gingen die Teilnehmer auseinander.

Am Sonnabend war der „Rautenburg“-Saal vollbesetzt. Mit Gedächtnis an unsere großen Führer hatten sich viele, viele Vertäufte eingefunden. Es war eine Feier, wie sie Merseburg nur vereinzelt gehabt hat. Die Frontkampfpapelle Köhlig-Beuna eröffnete mit der „Internationalen“ und dem Rotparadenmarsch den Abend. Die Resolutionen sowie die Bühnenspieler wurden durch die Proletarische Kultur-Bereitigung ausgeführt. Auch unsere jüngsten Krieger vom J.S.D. brachten einige Bilder, die spontane Bewusstseinsprozesse herabriefen. Genosse B. Koenen hielt eine ernste marxistische Ansprache und forderte zur aktiven Mitarbeit für den kommenden Kampftag auf.

Am zweiten Teil wurden fünf Bühnenspieler von der Proletarischen Kultur-Bereitigung gespielt. Das erste Bild zeigte die Rote-Offiziere 1918 im Oberhof, am Abend des Todes von Karl und Rosa. Die Masse wurde rühmlichst den Subjekten von Mördern und Anstiftern dem Gehalt gewissen. Während im Hintergrund schändet das Proletariat Vergeltung.

Das zweite Bild hatte das Denmal der Revolutionsoffiziere in Friedrichshagen, das durch die Kämpfer und die Abgaben des rühmlichen Tramertrampfes eine eindrucksvolle Führung unserer großen Toten bedeutete.

Beim dritten Bild „Spartakus kämpft“ wurden die Ereignisse der Kampftage von 1919 auf den Barrikaden wieder nach - Schießen, Schreien, Sturm auf die Barrikade - alles in allem ein Bild, das die Kampfbereitschaft der Beteiligten neu aufleben ließ. Kampf, nicht Trauer, hieß die Lösung. Ein Trompetensignal - Alarm! Die Revolutionär traten auf die Barrikade, eine flammende Ansprache, hell wird es auf dem Kampffeld. Der Feind flieht - weiter, weiter, nur nicht stehenbleiben. Stillstand ist Verlust.

Am vierten Bild sehen wir in Moskau auf dem roten Platz. Genial! Das Moskauer im Hintergrund. Ein Erregerchor von vier Genossen, der auskann in folgenden Sätzen: „Den Hammer, die Sichel wir tragen im Sternenschild flammend und rot. Als Sinnbild von künftigen Tagen von Freiheit und Arbeit und Brot!“ rief die Begeisterung der Zuschauer hervor. Diese Szene wurde von allen Anwesenden lebhaft mit dem Gesang „Arbeiter, zur Sonne!“ begleitet. Ein lebender Gemälde, gestellt von den Vortragenden, und die gut gewählte Beleuchtung trugen dazu bei, diese außerordentlich wirkungsvolle Aufführung innig zu verfolgen.

Der Höhepunkt des Abends bildete das Schlussbild unter der Parole:

Wacht auf, Verdammt dieser Erde.

Das ausgedeutete, im Kampf lebende Proletariat aller Länder gruppierte sich um einen roten Sowjetern. Bereit, sich zu verbrennen zum Schutz der Sowjetunion. Das langsame Steigen des Sowjeternes im Hintergrund imboldvollere den Aufstieg und das kühne Wachen der Sowjetunion. Im Zeichen dieses Abends, das vereinigten Proletariats, hieß diese eindrucksvolle Feier mit dem Wachen gegen die „Internationale“.

— r. s. —

**Der-Stahlhieb. Was hietet der Stahlhieb?** Der hier wohnhafte Arbeiter Wilhelm K. trat vor zwei Jahren in den Stahlhieb ein. Er wollte sich dadurch bei den Dringrößen eine Nummer machen. So lange der gute Wilhelm nichts von den Stahlhieb-Verpflichtungen verlangte, ging alles gut. Eines Tages wollte aber Wilhelm betreten. Er ging zum Dorfkapitän der „Nationalen“. Dort verlangte er eine Wohnung. Der Kapitän sagte ihm jedoch aus und lagte: „Das geht doch mit nichts an.“ Wilhelm meinte dann: „Was soll ich denn da im Stahlhieb, wenn ich keine Wohnung bekomme?“ Proleten, hier lebt Ihr, beim Stahlhieb ist nichts zu erben, trotz der vielfachen Versprechungen, daß man für Euch sorgt! Die Kommunistische Partei verspricht nichts, sie führt Euch loggt! Die Kommunistische Partei verspricht nichts, sie führt Euch loggt! Die Kommunistische Partei verspricht nichts, sie führt Euch loggt! Die Kommunistische Partei verspricht nichts, sie führt Euch loggt!

**Genau. Auf fallchem Wege.** In unserem Orte besteht eine Ortsgruppe des Arbeiter-Radfahrer-Bundes. Von den 30 Mitgliedern bestehen sind nur fünf „Klassenkämpfer“-Führer. Als neulich unsere Genossen dem Vorsitzenden lauten, er solle doch auch den da werde ich vorzählen! Früher hatten die Radfahrer immer einmal ein paar Mal für die rote Sache übrig. Unter der jetzigen Leitung wollen sie ihrer gefangenen Genossen nicht mehr gedenken! Arbeiterbedarf, besinnt Euch, treibt Arbeiterpost für Eure Klasse und handelt danach!

**Wilsch. Die Sozialdemokraten können die Wahrheit über Sowjet-Rußland nicht vertragen.** Am Donnerstag sprach Genosse Böder, Halle, vor hundert Zuhörern im Gewerkschaftshaus Beiträge über seine Eindrücke in der Sowjetunion. In der Ansprache betonte der Kollege Hennig (S.P.D.), der an der dritten Arbeiterdelegation teilnahm, vollinhaltlich die Ausführungen des Referenten. Seine Aufgabe sei, auch alle sozialdemokratischen Arbeiter aufzuklären über die Väter ihrer Führer. Interessant ist, wie die S.P.D. mit ihren Widersachern die Wahrheit über Rußland mitteilen, umringt. Als der Kollege Hennig in der Gruppe arbeitete, kam ein Vertreter der S.P.D. und wollte sein Mitglied aus dem Saale, was gleichbedeutend mit Ausschluß ist. Dieses zeigte und hinterließ die Genossen Hennig vor der Untersuchungskommission fürchten. Genosse Böder forderte von Genossen Hennig auf, unter allen Umständen gegen seinen Ausschluß zu kämpfen und in den Kreisen seiner Parteigenossen die Wahrheit über die Sowjetunion zu verbreiten. Es wurden fünf Maßnahmen für die J.S.D. gemacht. Die Zellerfassung ergab 5 Kart.

**Tollwitz-Teufel. Aus der Kommune.** Am Sonnabend hielt die Ortsgruppe der Partei eine öffentliche Volksversammlung in Tollwitz ab mit der Tagesordnung Kommunales. Der Referent, Genosse Fritz Gubuda, vertrat es vortrefflich, den Anwesenden die bestehenden Gutsbesitzer, wie die dieselben im Interesse der Gemeinde praktisch angewandt werden müssen. Mit großem Interesse folgte die Versammlung seinen Ausführungen. Man konnte somit den Unterschied feststellen, wie in Gemeinden gearbeitet wird, in denen unsere Parteigenossen sich durchsetzen haben, und was in den Kommunen verläuft wird, in denen Vertreterungen sitzen, die ohne Ziel planlos daraufhin werfen. Weit bezogen

lische Gemeindeglieder die Gutsbesitzer des Trautnants, besonders der Leuna-Gemeinde. Das letztere trifft auch in unserer Gemeinde zu. Hoffentlich ist in der nächsten Versammlung der Herr Gemeindevorsteher einmal anwesend, damit wir uns mit ihm und einem arbeitereigenen Gebaren auseinandersetzen können. Was der Herr sich allein gegen die Erwerbslosen gestellt hat, genügt zu einem genauen Studium. Weiter ist seine Einstellung über die öffentlichen Parkplätze alles andere, als haßverderbend. Er kann doch niemand zwingen, seine teuren Parkplätze zu kaufen, zumal die Siedler wo anders billiger kaufen können. Einzig ist der Gemeindevorsteher (Arbeiterfreund) frant, der aus Staatsmitteln geholt hat und jetzt seinen Mietern abfordert, wer nicht hat mit fault, muß ausziehen. Die Drohung hat er wahrhaftig bei einem Mieter. Er kündigt demselben wegen Nichtzuzahlung des Mietverhältnisses. Ein Schaulspiel war es für alle, als frant die Versammlung verließ, weil er sah, daß die Frau des gefandigen Mieters sich zum Worte meldete. Ihr seht also, Teufeliger und

# Mansfeld-Sangerhausen

## Aus dem Gerbstedter Stadtparlament

Solche Eintracht der Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen bei Ablehnung kommunalistischer Anträge, früher, heute und bis in alle Ewigkeit

Lehtens hatten sich die Stadträte wieder einmal zu einer Sitzung zusammengefunden. Eine rechtliche Tagesordnung war zu erörtern. Der Gerichtsrat in diesem letzten unsere Genossen einen Antrag vor, nämlich den Bau eines Kinderheimes in Ruhl a. Th. durch Erwerb von Anteilseigenen zu unterstützen. Die Dringlichkeit desselben wurde in hoher Gemeinschaft von den S.P.D.-Leuten und den Bürgerlichen abgelehnt!

Bei der Erörterung wurde alles in der alten Fassung wiedergewandt und bei der Bekanntgabe verschiedener Mitteilungen war besonders ein Schreiben des Wl. Merseburg, betreffend die Jurisdiktion der Rittersgutsbesitzerin von der Schulenburg gegen die Stadtgemeinde wegen der Eingemeindung des Gutsbesitzes Gerbstedt, bemerkenswert. Diesem Herrn frant schon sehr frühzeitig alle Anmerkungen, um vom städtischen Steuerkollektor an die Stadt freisetzt zu werden. Die Steuerhelfer der bestehenden Klasse, und besonders der Großgrundbesitzer, wird dadurch treffend gekennzeichnet. Zum Bau von Schulen und zu sonstigen Reichen hat man Geld in Fülle und Fülle, aber Steuern zahlen? Nein! Denn sind die Schulen da?

Die Schulungsanordnung der Beamten und Angestellten wurde gutgeheißen. Ebenso die Neuordnung der Vergütung der Hilfsangestellten.

Vom Magistrat lag das Programm einer planmäßigen Neuorganisation der öffentlichen Feldwege mit Obstruktionen vor. Dieses Programm wurde gutgeheißen.

Die benachbarte Gemeinde Zöbelenitz will im Anschluß an die städtische Wasserleitung eine eigene Leitung haben, um die Wassererzeugung dieser Gemeinde zu verbessern. Dieser Plan wird genehmigt, wenn keine Gefahr besteht, daß die Wassererzeugung der Stadt Gerbstedt dadurch gefährdet wird.

Die halbe Eintracht zwischen S.P.D. und Bürgerlichen, wenn es gilt, Anträge der A.P.D. abzulehnen, zeigte sich auch wieder beim nächsten Punkte, beim ordentlichen Antrag auf Gewährung einer Beihilfe für die Kinderheime der Rote Hilfe. Der Magistrat hatte aus „unvermeidlichen“ Erwägungen“ abgelehnt! Genosse Simon ging auf diese „Erwägungen“ ein und legte noch einmal die Ziele der „Roten Hilfe“ klar, dabei den überparteilichen Charakter der Roten Hilfe betont. Durch die Verlesung des Kuratoriums des zu erbauenden Kinderheimes wurde der Gemeinderat der Verantwortung nicht entzogen. Der verantwortliche erwiderte die Faltung des Magistrats. Bei der Abstimmung stimmten dann S.P.D. und Bürgerliche gegen unseren Antrag. Hat man für die Not der Arbeiterkinder noch kein Interesse, lo noch in weit geringerer Maße für die Opfer der Klassenkämpfer. Das fernsteht untere Gerbstedter Sozialdemokraten.

In der darauf folgenden nichtöffentlichen Sitzung wurde dem Gesuch eines Junglehrers um Gewährung einer Entschädigung für geleistete Lehrtätigkeiten stattgegeben. Der Junglehrer erhält eine einmalige Unterzahlung.

Des weiteren wurden die bisher getanen Schritte bezüglich der Eingemeindung des Gutsbesitzes Wilschlag gutgeheißen und der Magistrat ermächtigt, weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu tun.

Der dritte Punkt der nichtöffentlichen Sitzung betraf Beschuldigungen gegen den Magistrat, daß die Heiligtumsverwaltung bei der Anlage des neuen Friedhofes die Genossen schlugen vor, sich bei der Konsum-Gemeinschaft zu verbinden. Das wurde wieder mit Hilfe der S.P.D. abgelehnt! Bei der Vertreterwahl in der Genossenschaft prägen diese Leute auf der „Aufbauhilfe“. So sehen die Rechte in Wirklichkeit aus. Die Kommunisten, überhaupt die Arbeiter, werden daraus ihre Lehren ziehen. 17. 1.

**Eiselen. Haben wir ein Wohlfahrtsamt?** Eine Proletarierfamilie mit sieben Köpfen konnte bei 20 Mark wöchentlich Unterstützung nicht auskommen. Sie geriet in Schulden. Die Erhöhung der Unterstützung auf 37,80 Mark, die erst in der letzten Zeit eintrat, machte das Kraut auch nicht fett. Und der Hauswart des in Not geratenen Proleten mußte zwei bis drei Monate die Miete stunden. Die Not rief herab ein, daß die Familie ihre Lebensnotwendigkeiten vollständig abgerufen hat. Die Kinder konnten bei der grimmigen Kälte noch nicht einmal in die Schule gehen, weil sie keine Schuhe anziehen konnten. Denn man im Wohlfahrtsamt, wo man den Fall kennt, einmal daran, hier Hilfe zu schaffen? Ist der sozialdemokratische Wohlfahrtsamt so überhörig?

**Eiselen. Ein großes Schadenfeuer** brach auf dem Grundstück des Gutsbesitzers Wagner, Kreitzsche, Guts Hof zum „Anker“. Eine Schwärme mit anziehendem Schallegeräusch und Wobnwesen fand in hellen Flammen. Verbrannt wurden 1000 Jentner Brennholz, viele Jentner Heu und Getreide, ein großer Kasten neuer Erde und Maschinen. Der Gebäubebau ist durch Versicherung gedeckt. Als Ursache des Brandes wird Kurzschluß eines in der Scheune stehenden Elektromotors angenommen.

**Schraplau. Solidarität mit der Sowjetunion!** Die am Sonntag im „Bürgergarten“ veranstaltete Kundgebung zum Gedenken an den Genossen Böder, Halle, verläuft erlarkete, war von 100 Teilnehmern besucht. Auch der Pastor war anwesend. Die Ausfälligkeiten fanden sich auch seitens des Seelgebers aufmerksamste Beachtung. Der J.S.D. wurden neue Freunde zugeführt.

**Benningen. Bereit zum Schutz der Sowjetunion.** Am Sonnabend, den 7. Januar, fand hier in der Gemeindegemeinschaft eine öffentliche Volksversammlung mit dem Thema: „Die brodende Kriegsgefahr“. Herr Genosse Wollig, Eiselen, führte an Hand von Briefen aus, wie die imperialistischen Mächte gegen den Arbeiterstaat Rußland ritten. Auch Deutschland ist im Bundes. Er behandelte die Gutsbesitzerkongressen und wie die einzelnen Mächte sich dazu stellen. Er führte aus, daß es die Russen waren, die es am ehesten meinen, und daß die andern Mächte gar nicht an Abstrich denken. Im Schlußwort behandelte Genosse

Tollwitz Arbeiter, daß Ihr nur aufrichtige Genossen der A.P.D. zu Gemeindevorsetzern wählen könnt. Alles andere ist Schwamm.

**Schleibitz. Totengedenkfeier.** Am Sonntag, dem 22. Januar, abends 8 Uhr, findet im Rathhof-Saal unsere Lenin-Grubengedenkfeier statt. Die Durchführung des Programms hat die Proletarische Tribüne, Halle, übernommen. Auf ihren guten Ruf braucht man wohl nicht hinzuweisen. Jeder Genosse muß den Programmvertrieb selbst übernehmen. Die Programme sind von den Sekretariatsmitgliedern zum Preise von 50 Pfennig zu entnehmen.

**Wepitz. Eine Kundgebung**, verbunden mit W.D.-Feier, hatte am Sonnabend die Ortsgruppe der J.S.D. veranstaltet. 200 Besucher hörten aufmerksam die Ausführungen des Genossen Böder, Halle, an, der die Bedeutung der drei großen Arbeiterführer in kurzen Worten schilderte und dann Einblicke aus dem heutigen Rußland wies. Die Schalmeeikapelle beitrug dem musikalischen Teil. Der Schluß des Abends bildete die Durchführung des russischen Films „Der Sohn der Berge“. Die Veranstaltung brachte 10 neue Mitglieder für die J.S.D.

# Mansfeld-Sangerhausen

## Leissa noch die kommenden Wahlen. Auch wurde für den „Klassenkampf“ getrieben.

Leissa noch die kommenden Wahlen. Auch wurde für den „Klassenkampf“ getrieben. Eine Zellerfassung ergab 493 Wl. Der Genosse Rebe gab bekannt, daß in nächster Zeit noch mehr Versammlungen stattfinden. Es soll ein Kundgebungsbüro eingerichtet werden und daß da die Versammlung noch härter besucht werden muß. Es waren 70 Personen anwesend.

**Kreisheimbach. Klassenkampf.** Hier wird es immer besser, da werden die Kirchenräte verachtet, die Pastoren wieder umgehoben, nach oben erhöht, und wer sich weigert zu zahlen, der kriegt vom Pfaffen gelobt und von dessen großen Adjutanten und Knechten die Kirche bestätigt, daß er nicht zahlen kann - abgelehnt! Die beiden haben sich geliebt und gelunden. Otto, Dein Herrgott, Du bist nicht mehr existent, wir kriegen Dich. Was betrifft den größten Mäcker und wer ruft von der Kanzel herunter: Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst? Arbeiter, gebt dem Pfaffen und seinen Freunden die richtige Antwort: Heraus aus der Kirche, verachtet diese gefäßstichtigen Leute!

**Sangerhausen. In alle.** Die diesjährige Lenin-Gedenkfeier des Sangerhäuser findet am Sonnabend, dem 23. Januar, im Saale des Rathhofes statt. Sie wird gemeinsam von der A.P.D. und dem K.P.D. veranstaltet.

## Aus der Provinz

### Erfolgreiche Bezirks-Kommunalparlament der A.P.D.

Auch auf kommunalpolitischem Gebiet macht sich in den letzten Monaten erfreulicherweise eine lebhaftere Anteilnahme der Genossen bemerkbar. Sie haben in ihrer praktischen Tätigkeit erfahren müssen, daß die immer frecher werdende Bürgerkolonialpolitik gegen das Proletariat und die Mittelklassen sich besonders hart in den Gemeinden auswirkt. Die Kommunisten stellen sich auch hier mit dem Willen zum Gegenangriff auf die großkapitalistischen Unterdrückungs- und Vernichtungsinstanzen in Kampfbereitschaft, während die S.P.D., nach neuen Kompromissen und Koalition laufend, tatsächlich die Bourgeoisie unterstützt. Die proletarische Gegenoffensive auf dem Gebiete der Gemeindepolitik auf eine gemeinsame, großzügige, klare Linie zu bringen, das war die Aufgabe der Bezirks-Kommunalparlament am Sonntag. Man muß feststellen, daß diese Aufgabe sehr gut erfüllt worden ist, nicht nur weil die Zusammenkunft von etwa 200 kommunalpolitischen Delegierten des Proletariats und eine sehr ergiebige Diskussion der kommunalen Praktiker aus dem Bezirk, die Diskussion der kommunalen Praktiker aus dem Bezirk, der Kampf gegen die Bürgerkolonialpolitik in den Gemeinden, er zeigte auf, welchen Sinn die Politik des Reichserbesandes der Industrie, unterstützt von Schacht und Barker Gilbert, hat, und welche schlimmen Folgen sie für die proletarischen Bewohner der Gemeinden haben muß. Er erörterte dann eine Reihe von Möglichkeiten, scharfen Widerstand gegen die Vernichtungspolitik des Bürgerblöds in den Gemeinden zu entwerfen.

Genosse Kilia sprach anschließend über die Grundbesitze, nach denen unsere Genossen in den Kreisverwaltungen und Gemeinden die Aufhebung der Gutsbesitzer betreiben müssen. Er forderte auf, die Gutsbesitzerkampagne zur Propagierung der Zusammenlegung von benachbarten Landgemeinden zu benutzen.

An der Diskussion beteiligten sich zehn Genossen, sowohl Kreis- wie auch städtische und Landgemeindevorsetzter. Auch Parteiarbeiter ohne kommunale Funktion ergriffen das Wort. Diese Debatte bewies deutlich den Fortschritt unserer kommunalen Arbeit in der Linie und nach den Methoden, die von der Bezirksleitung seit Jahren gefordert worden ist. Die kommunalarbeit soll nicht eine lehrbuchmäßige, von der übrigen Parteiarbeit losgelöst, sondern die der gesamten Parteiarbeit stehend, gefördert und kontrolliert durch die gesamte Parteimitgliedschaft und die gesamte Gemeindebevölkerung auf einem festen Bestandteil unserer politischen Arbeit werden.

Das Streben unserer Kommunalarbeiter nach weiterer Vertiefung der kommunalen Probleme kam zum Ausdruck in dem Antrag, die Bezirksleitung möchte in längstens zwei Monaten eine weitere allgemeine Bezirks-Kommunalparlament veranstalten und außerdem die Kommunalparlamenten in den Unterbezirken, Kreisen und Kreisabteilungen forscheren. Die Bezirksleitung überzogen, daß die Bezirksleitung der Kommunalparlament auf dem Gebiete der Gemeindepolitik einher der ernstlichsten Hebel zur Mobilisierung und Heranführung der Massen an die kommunistische Partei darstellt.

### Ämliche Bestimmungen über Auflösung der Gutsbesitzer

Der Sonderdruck aus dem Ministerialblatt für die preussische Innenverwaltung, enthaltend die ministerielle Anweisung über das Verfahren bei Auflösung der Gutsbesitzer ist auf der Bezirks-Kommunalparlament am 15. Januar den Teilnehmern zugestellt worden. Anfolge des harten Beschlusses reichte die Zahl nicht aus. Da noch eine Reihe von Bestimmungen vorliegen, ist der Sonderdruck nachbestellt worden. Alle Genossen, die ihn noch haben wollen, müssen sich spätestens 20. Januar der W.D. Mitteilung machen. Die Zuleitung erfolgt direkt an die Verteiler; der Preis von 20 Pfennig (einschl. Porto) ist an die Ortsgruppe zu zahlen, die damit durch die Kasse beauftragt wird. W.D. Kompol.







# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 20 Pfennig. Durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Verlagsgesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Reichardtstraße 14.

Abzugspreis: 13 Pf. für den mm 656 und Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte für zu richten nach Halle Reichardtstraße 14. Tel. (West.) 21047, (Ost.) 22251. Telegramm: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Reichsbank Halle. Postfachkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krosch, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Dienstag, 17. Januar 1928

8. Jahrgang + Nr. 14

## Kampf bis zur Erfüllung der Forderungen!

Günstige Streiklage — Die Bourgeoisie jammert nach „Wirtschaftsfrieden“ — Die Bureaucratie verhandelt — Haltet fest an Euren Forderungen — 15 Pfennig und nicht weniger

### Verhandlungen!

(Eig. Meld.) Berlin, 16. Januar.

Der Reichsarbeitsminister hat die am Lohnkonflikt in der mitteldeutschen Metallindustrie beteiligten Parteien für Dienstag vormittag 11 Uhr zu Verhandlungen in das Reichsarbeitsministerium geladen.

Die Streiklage ist einfach glänzend. Auch in Magdeburg wird jetzt getreift, und zwar handelt es sich hier allein schon um 20 000 Arbeiter. Die Krupp-Gussan-Werke, die Firmen Otto Gussau & Co., R. Wolf, Rudau, Maschinenfabrik Rudau, Schiffer & Bubenberg usw. liegen vollkommen still. Auch in Aachen haben die Metallarbeiter die Betriebe verlassen, obwohl in Dessau selbst, getreu den Anweisungen der Verbandsbureaucratie, und nicht, wie geflöhnt wird, schon meldete, der größere Teil der Metallarbeiter noch arbeitet. Aber auch hier sind Entschliefungen für den Kampf angenommen worden. In Stuttgart liegen sämtliche Metallbetriebe still. Es kann also damit gerechnet werden, daß mindestens schon 40 000 bis 50 000 Metallarbeiter im Streik stehen.

Da aber auch in den Metallbetrieben der an den hallischen Bezirk grenzenden Leipziger und Bitterfelder Landkreise sich eine wachsende Kampfstimmung bemerkbar macht, so werden die bürgerlichen Zeitungen von einer

### „Gefahr eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks“.

Wenn unsere Feinde von einer Gefahr reden, dann meinen sie damit das für uns Notwendige und Vorteilhafte. Also:

„Aus der „Gefahr“ eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks muß die Befreiung des allgemeinen deutschen Metallarbeiterstreiks werden!“

Wir erwähnten gestern schon, daß im Auenberg-Bezirk (Weißfahle) 60 000 bis 65 000 Metallarbeiter sich zur Stunde in derselben Lohnbewegung befinden wie in Westdeutschland. Daraus mit dieser Streikfront verbreitert und vertieft! Je schneller der mitteldeutsche Metallarbeiterstreik einerseits auf andere Bezirke übergrift, auf der anderen Seite sich aber auch auf verwandte Industrien mit hohen, besonderen Tarifen ausdehnt, um so kürzer wird der Kampf und um so größer wird der Sieg sein. Auch die Metallarbeiter in unserem Bezirk, die sonderbarerweise Umwandlung haben (Wulfo-Röhren, Röhre-Diemich, Leuna, Kommunalbetriebe usw.) müssen auf dem schnellsten Wege in die Kampfbewegung einbezogen werden.

Schon ärgert die gesamte Bourgeoisie vor den Folgen des Streiks. Die Leipziger Neuesten Nachrichten“ von heute früh schreiben:

„Es darf nichts unerwünscht bleiben, um die mitteldeutsche Wirtschaft, die sich noch kaum vom Braunkohlenarbeiterstreik her erholt hat, vor neuen, schweren Erschütterungen zu bewahren.“

Diesem Wunsch der Bourgeoisie ist auch auf dem schnellsten Wege der Reichsarbeitsminister nachgekommen. Für heute vormittag 11 Uhr sind

### Verhandlungen zwischen den Parteien in Berlin

angelegt. Was wird dabei herauskommen? Vielleicht ein ähnliches Spiel wie bei dem Bergarbeiterstreik. Statt der bisher der wichtigsten 3 Pfennig, spricht man vielleicht den Metallarbeitern einige Pfennige mehr zu und erstickt dann diesen schändlichen Tarif für verbindlich. Stundenlang wird man verhandeln, doch schließlich wird die Bureaucratie mit einem solchen Spruch zurücktreten und erklären: „Es tut uns sehr leid, daß es nicht 15 Pfennige sind, aber mehr war nicht zu machen. Geht also in die Betriebe.“ Genau wie bei den anderen Kämpfen wird man die Pfennigfrage in den Vordergrund stellen und die Tatsachen unterdrücken, daß an der langen Tarifzeit, die bekanntlich bis Ende September laufen soll, nichts geändert wird und daß der Kampffruktion aus dieses Ergebnis keinesfalls entspringt. Schnell wird man Funktionen der Regierung zusammenstellen und auf ihnen entsprechende Beschlüsse fassen lassen. Wenn man auch vor der Anfangsphase des Kampfes eine Urabstimmung vorgenommen hat, dann wird man das jetzt zu unterlassen versuchen und die Meinung der Metallarbeiter einfach nicht anrufen. Wenn wir diesen Verlauf der Verhandlungen voraussehen, dann nur zu dem Zweck, um schon jetzt die Metallarbeiter auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Sicherlich wird die Bureaucratie die Metall-

arbeiterschaft mit dem Berliner Verhandlungsergebnis überumpeln, und zwar so schnell, daß die oppositionelle, die kommunistische Presse nicht erst gründlich Stellung dazu nehmen kann und daß die Metallarbeiter auch nicht Zeit haben, gründlich über Annahme oder Ablehnung zu diskutieren. Verfehlt werden wir noch in dieser Annahme dadurch, daß die reformistische Bureaucratie nicht nur die kommunistische Presse nicht informiert, sondern sogar versucht, uns falsch zu informieren.

### Was ist zu tun?

In energischer Kleinarbeit ist dem letzten Metallarbeiter noch einmal einzuhämmern, daß unbedingt an den Mindestforderungen festgehalten werden muß. Schärfer Druck auf die Bureaucratie, rücksichtslose Entschliefung der Arbeiterunabhängigkeit und Konsumsaktion derselben als Hand-

zettel. Fortführung der Kampfaktion. Wir haben lang genug durch unsere Not und Elend dem Kapitalismus den Wideraufbau ermöglicht. Das muß ein Ende haben, ist der einfache und begriffliche Gedankengang des Durchschnittsarbeiters. Über die Lösung dieser Widerprüfe der Stabilisierung, nämlich die die Antwort nicht zuletzt eine — immerhin wohlfeile — Frucht der ideellen Saatkorn, die die SPD und die Gewerkschaftsbureaucratie in den ersten Monaten und Jahren der relativen Stabilisierung verbreiteten. Sie erklärten ja 1924 und 1925 den Arbeitern: „Verzicht nur eine Zeitlang auf den Achtstundentag, auf einen antinationalen Lohn und heftt somit die Wirtschaft wieder aufbauen.“ In diese dann aufgeschaut, werden sich schon automatisch die Kräfte dieses Wideraufbaus in den Schoß fallen, und wenn nicht, dann werden wir — natürlich mit den gesetzlichen Mitteln — sogar darum kämpfen.“

Wir Kommunisten waren etwas gründlicher in der Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse und sagten: In diesem Zeitalter des Imperialismus ist es dem deutschen Kapitalismus nur möglich, sich selbst zu heilen, wenn er die deutsche Arbeiterschaft zum Verzicht auf eine einigermaßen antinationale Existenz zwingt. Da die SPD, obige Gebanten nicht nur verbreitete, sondern mit der ganzen Macht ihres Gewerkschafts- und Parteiapparates den Wirtschaftsfrieden und die Steigerung des Ausbeutungsgrades der Arbeiterschaft durchsetzen half, mer, wenn wir hier vor anderen Elementen der Stabilisierung absehen, die jedenfalls nichtige Voraussetzung dazu gegeben.

„Doch geht ist es genug! Jetzt wollen wir unsern Achtstundentag wieder, jetzt wollen wir menschenwürdige Löhne! So geben sich Monaten die Ruhe durch das gesamte deutsche Proletariat. Dieser neugeborene Kampfwille löst aber auf einen Feind, der seine innere Organisationskraft und auch seine Kampfesstrategie und -taktik wesentlich geändert hat. Und das wird noch viel zu wenig beachtet.“

In dieser Periode der relativen Stabilisierung hat der Kapitalismus eine neue und höhere Stufe erreicht. Zum Beispiel wurde aus den einzelnen chemischen Unternehmen der riesengroße Farbentwurf gebildet, der sich inzwischen schon wieder großer Teile der Braunkohle unterworfen gemacht hat. Die bis zu einer gewissen Vollkommenheit verarbeitete Bourgeoisie hat sich nun auch, und das ist hier das Wesentlichste, eine neue Strategie zur Wiederherstellung der Massen ausgebreitet, desmogen ausgebreitet, weil sie diese Strategie zur Verhinderung der Explosion der oben geschilderten Widerprüfe zwischen Kapital und Arbeit braucht.“

Da müssen wir zunächst bei allen Wirtschaftskämpfen eine gegenfrüher verschärfte Solidarität des Arbeiterkampfes feststellen. Besonders die Aktionsaktion der Schwerindustrie in Rheinland und Westfalen zeigte uns die innere Verbundenheit der Trübsalbourgeoisie, die nach großzügigen Plänen sich bei ihren Aktionen sogar über die nationalen Grenzen hinaus unterwerfen will und wird. Dann müssen wir eine viel schärfere Ausnutzung des Staatsapparates durch die Trübsalbourgeoisie feststellen. Auch das ist eine internationale Erscheinung. In England haben wir das Antigerichtswesen in Italien hat der Faschismus die Gewerkschaften geradezu zu Einrichtungen des Staates gemacht, in Deutschland ist der Staat die Mittel der Wirtschaftsbefreiung, das durch eine rücksichtslose und brutale Streikpolitik unterstützt wird. In England kommen jetzt sogar ganz offen die Gewerkschaftsführer mit den Polizeikräften zusammen und verhandeln über die „Beitreibung“ der Wirtschaft. Daraus ergibt sich schon, daß schließlich die nicht neue, sondern nur noch ausgebaute Form der kapitalistischen Wirtschaft zur Wiederherstellung des Proletariats die verhängnisvolle Rolle der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbureaucratie ist.

Die Sozialdemokratie verliert es aber ausgebeutet, ihre Helferrolle für die Trübsalbourgeoisie in einen radikalen Wandel zu

Der Landesverband ist überzeugt, daß die Arbeiterschaft in den Betrieben, wie schon so oft, auch diese Forderung der UMS. tatkräftig unterstützen wird.

Es lebe die internationale proletarische Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt!

Bund der Freunde der UMS. Halle-Merseburg. J. U. Höder.

### Konsumsaktion durch den Allgemeinen Konsumverein Halle

Die Verwaltung des Allgemeinen Konsumvereins Halle hat beschlossen, ebenso wie beim Bergarbeiterstreik auch seinen am Metallarbeiterstreik beteiligten Mitgliedern von der zweiten Woche an während der Dauer des Lohnkampfes eine Unterstützung in Lebensmitteln zu gewähren. Zu diesem Zwecke werden die am Streite Beteiligten ersucht, sich in derjenigen Verteilungsstelle des Konsumvereins, in der sie ihre Bedürfnisse beden, unter Vorlegung des Mitgliedsbuchs und Streikausweises von dem Vagierhalter in die Liste eintragen zu lassen.

Dieser Beschluß ist ein weiterer Beweis der sozialen Bedeutung und der proletarischen Klassenliebe dieser Organisation und dürfte jeden noch zögernden Verbraucher veranlassen, die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zu erlangen, um durch rege Warenentnahme die Leistungsfähigkeit dieser Arbeiterinstitution noch mehr zu steigern.

### Um die Streikstrategie

— Halle, 17. Januar.

Die Bourgeoisie verteilt unter sich hohe Dividenden, das Proletariat muß mit Hungerlöhnen für lange Arbeitszeit zufrieden sein. In der wirtschaftlichen Front erleben wir eine angelegte Hochkonjunktur, deren Produktionsfiguren weit die von 1913 übersteigen, aber im Lager der Arbeiterschaft ist trotzdem eine Erntelosigkeit zu verzeichnen, wie wir sie vor dem Kriege nur in Zeiten der Krise gekannt haben. Die Bourgeoisie akkumuliert, häuft in großen Mengen neue Kapitalien an, erweitert ihren Produktionsapparat, schafft neue Anlagen aus, während die Arbeiterschaft kaum die notwendigen Dinge zum Lebensunterhalt aufreiben kann. Diese Teilnahme der Widerprüfe der relativen Stabilisierung erzeugt aber in der Arbeiterschaft den Willen zur Vohrherziehung, zur Anteilnahme der Arbeiterschaft an den sogenannten Ertragsüberschüssen der Stabilisierung. Wir haben lang genug verachtet und haben lang genug durch unsere Not und Elend dem Kapitalismus den Wideraufbau ermöglicht. Das muß ein Ende haben, ist der einfache und begriffliche Gedankengang des Durchschnittsarbeiters. Über die Lösung dieser Widerprüfe der Stabilisierung, nämlich die die Antwort nicht zuletzt eine — immerhin wohlfeile — Frucht der ideellen Saatkorn, die die SPD und die Gewerkschaftsbureaucratie in den ersten Monaten und Jahren der relativen Stabilisierung verbreiteten. Sie erklärten ja 1924 und 1925 den Arbeitern: „Verzicht nur eine Zeitlang auf den Achtstundentag, auf einen antinationalen Lohn und heftt somit die Wirtschaft wieder aufbauen.“ In diese dann aufgeschaut, werden sich schon automatisch die Kräfte dieses Wideraufbaus in den Schoß fallen, und wenn nicht, dann werden wir — natürlich mit den gesetzlichen Mitteln — sogar darum kämpfen.“

Wir Kommunisten waren etwas gründlicher in der Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse und sagten: In diesem Zeitalter des Imperialismus ist es dem deutschen Kapitalismus nur möglich, sich selbst zu heilen, wenn er die deutsche Arbeiterschaft zum Verzicht auf eine einigermaßen antinationale Existenz zwingt. Da die SPD, obige Gebanten nicht nur verbreitete, sondern mit der ganzen Macht ihres Gewerkschafts- und Parteiapparates den Wirtschaftsfrieden und die Steigerung des Ausbeutungsgrades der Arbeiterschaft durchsetzen half, mer, wenn wir hier vor anderen Elementen der Stabilisierung absehen, die jedenfalls nichtige Voraussetzung dazu gegeben.

„Doch geht ist es genug! Jetzt wollen wir unsern Achtstundentag wieder, jetzt wollen wir menschenwürdige Löhne! So geben sich Monaten die Ruhe durch das gesamte deutsche Proletariat. Dieser neugeborene Kampfwille löst aber auf einen Feind, der seine innere Organisationskraft und auch seine Kampfesstrategie und -taktik wesentlich geändert hat. Und das wird noch viel zu wenig beachtet.“

In dieser Periode der relativen Stabilisierung hat der Kapitalismus eine neue und höhere Stufe erreicht. Zum Beispiel wurde aus den einzelnen chemischen Unternehmen der riesengroße Farbentwurf gebildet, der sich inzwischen schon wieder großer Teile der Braunkohle unterworfen gemacht hat. Die bis zu einer gewissen Vollkommenheit verarbeitete Bourgeoisie hat sich nun auch, und das ist hier das Wesentlichste, eine neue Strategie zur Wiederherstellung der Massen ausgebreitet, desmogen ausgebreitet, weil sie diese Strategie zur Verhinderung der Explosion der oben geschilderten Widerprüfe zwischen Kapital und Arbeit braucht.“

Da müssen wir zunächst bei allen Wirtschaftskämpfen eine gegenfrüher verschärfte Solidarität des Arbeiterkampfes feststellen. Besonders die Aktionsaktion der Schwerindustrie in Rheinland und Westfalen zeigte uns die innere Verbundenheit der Trübsalbourgeoisie, die nach großzügigen Plänen sich bei ihren Aktionen sogar über die nationalen Grenzen hinaus unterwerfen will und wird. Dann müssen wir eine viel schärfere Ausnutzung des Staatsapparates durch die Trübsalbourgeoisie feststellen. Auch das ist eine internationale Erscheinung. In England haben wir das Antigerichtswesen in Italien hat der Faschismus die Gewerkschaften geradezu zu Einrichtungen des Staates gemacht, in Deutschland ist der Staat die Mittel der Wirtschaftsbefreiung, das durch eine rücksichtslose und brutale Streikpolitik unterstützt wird. In England kommen jetzt sogar ganz offen die Gewerkschaftsführer mit den Polizeikräften zusammen und verhandeln über die „Beitreibung“ der Wirtschaft. Daraus ergibt sich schon, daß schließlich die nicht neue, sondern nur noch ausgebaute Form der kapitalistischen Wirtschaft zur Wiederherstellung des Proletariats die verhängnisvolle Rolle der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbureaucratie ist.

Die Sozialdemokratie verliert es aber ausgebeutet, ihre Helferrolle für die Trübsalbourgeoisie in einen radikalen Wandel zu



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280117-18/fragment/page=0013